

## **Änderungsantrag**

**der Fraktionen der SPD, FDP**

**zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten**

**Entwurfs eines Gesetzes zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur  
Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung  
(Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz – KVKG)  
– Drucksachen 8/166, 8/173, 8/338 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Zu Artikel 1 § 1 Nr. 12 (§ 187 RVO)

In Artikel 1 § 1 Nr. 12 wird dem § 187 RVO folgender Satz  
angefügt:

„In den Fällen der Nummer 1 Buchstabe a kann die Satzung  
die Übernahme der gesamten Kosten für Arbeitnehmer vor-  
sehen.“

### **Begründung**

Den Krankenkassen soll die Möglichkeit gegeben werden,  
durch Satzungsregelung auch die gesamten Kosten für die in  
§ 187 genannten Kuren von Arbeitnehmern zu übernehmen.  
Dies entspricht grundsätzlich geltendem Recht. Damit ist  
sichergestellt, daß insbesondere Arbeiter in den Fällen der  
vollen Kostenübernahme auch künftig während des Kur-  
aufenthalts Anspruch auf Lohnfortzahlung gegen den Arbeit-  
geber haben.

2. Zu Artikel 1 § 3 Nr. 4 (§ 11)

In Artikel 1 § 3 Nr. 4 wird dem § 11 folgender Satz ange-  
fügt:

„In den Fällen der Nummer 1 Buchstabe a kann die Satzung  
die Übernahme der gesamten Kosten für Arbeitnehmer vor-  
sehen.“

Begründung

Folgeänderung zu Artikel 1 § 1 Nr. 12, die für mitarbeitende Familienangehörige mit Arbeitsvertrag von Bedeutung ist.

Bonn, den 11. Mai 1977

**Wehner und Fraktion**

**Mischnick und Fraktion**